

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine rief Kanzler Scholz eine Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik aus. Praktiziert wird diese aber nicht von seiner Partei, der SPD. Sondern von den Grünen und Außenministerin Baerbock.

Von
STEPHAN BIERLING



Mehr Mars als Venus

Illustrationen
LISA ROCK



Zeitreisen sind ein festes Element der Science-Fiction. Meist brauchen deren Protagonisten komplizierte Apparate oder wie bei „Star Trek“ zumindest Wurmlöcher. In der deutschen Politik gestalten sich Zeitreisen einfacher. Es reicht, den Koalitionsvertrag der Ampel vom 7. Dezember 2021 aufzuschlagen und die Passagen zur Sicherheitspolitik nachzulesen. Schon landet man in einer anderen Epoche.

Eine „abrüstungspolitische Offensive“ forderten SPD, Grüne und FDP damals, „eine atomwaffenfreie Welt“, eine „restriktive Rüstungsexportpolitik“ und die „strategische Souveränität“ des Kontinents durch „rüstungstechnische Zusammenarbeit“. Keiner dieser Blütenträume überstand den Realitätsschock von Putins Überfall auf seinen westlichen Nachbarn. Heute rüstet Deutschland auf, trainiert ukrainische Soldaten, liefert schwere Waffen in ein Kriegsgebiet, ersetzt seine alten Tornados durch F-35-Bomber der USA und baut auf amerikanische Nukleargarantie und Nato statt auf EU-Autonomie.

Kanzler Olaf Scholz prägte dafür den Begriff der Zeitenwende. Aber umgesetzt und mit Leben erfüllt hat ihn primär sein Koalitionspartner, die Grünen. Ihr Co-Chef Robert Habeck war der erste deutsche Spitzenpolitiker, der im Mai 2021 die Lieferung von Defensivwaffen an die Ukraine forderte. Damals lehnten das die regierende Große Koalition und die eigene Partei empört ab. Heute sind die Grünen, allen voran Außenministerin Annalena Baerbock, der Motor der militärischen Unterstützung Kiews. Weniger Liebesgöttin Venus, mehr Kriegsgott Mars lautet die neue Linie.

Die prominente Rolle der Grünen ist Folge des katastrophalen Scheiterns der Ostpolitik von SPD und Union. Schröder und Merkel redeten sich Russland schön und kompromittierten die Sicherheit der Ukraine. Die SPD jagte der Illusion nach, Wandel durch Handel herbeizuführen – selbst gegenüber Groß- und Atommächten, die man, welche Hybris, mit ökonomischen Anreizen zu inneren Reformen und internationalem Wohlverhalten bewegen wollte.

Deutschland war außenpolitisch wertebefreit und blind für die Rückkehr von Geopolitik

In ihrem gerade erschienenen Buch „Die Moskau-Connection“ dokumentieren die Journalisten Markus Wehner und Reinhard Bingener, wie die SPD-Granden Schröder, Steinmeier und Gabriel die „von Anfang an erkennbare und danach stetig anschwellende Aggressivität Russlands gegenüber dem Westen und Deutschland verkannt, verharmlost, streckenweise sogar negiert“ haben. Die Union machte alles mit, aus intellektueller Bequemlichkeit und um des Koalitionsfriedens willen. Mahner wie Norbert Röttgen oder Roderich Kiesewetter ignorierte ihre von Merkel aufs Gefallen und Wohlfühlen getrimmte Partei.

Außenpolitisch wertebefreit und blind für die Rückkehr von Macht- und Geopolitik ließ sich Deutschland seine Russland- und Chinabeziehungen von Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und Exportindustrie einflüstern. Wenn Kanzler oder Kanzlerin in diese Länder flogen, taten sie das weniger als Verteidiger der westlichen Ordnung oder Vorkämpfer demokratischer Prinzipien denn als oberste Handelsreisende der Nation. Die Regierungsmaschine

war jedes Mal voll mit CEOs deutscher Top-Unternehmen.

Störende Wertedispute entsorgte man im Petersburger Dialog oder im Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog, wo sie beim Geschäftemachen am wenigsten störten. Moskau und Peking durften sich strategisch sensible Filetstücke aus der deutschen Wirtschaft herauspicken – vom Robotik-Anbieter Kuka bis zur Gas-Infrastruktur. Noch dazu manövrierte deutsche Politik und Spitzenunternehmen das Land in eine fatale Ressourcenabhängigkeit vom Kreml. Das Bonmot, die Kapitalisten lieferten für Geld noch den Strick, mit dem man sie dereinst aufknüpfen werde, stammt zwar nicht aus Moskau, wie lange geglaubt. Aber niemand handelte gegenüber Russland mehr danach als BASF und SPD.

Eigentlich sind außenpolitische Krisen Kanzlerzeiten. Staats- und Regierungschefs entdecken nämlich seit den 1970er Jahren, wie blendend sich internationale Gipfel vermarkten lassen. G-7- und G-20-Treffen, EU-Räte, Spitzenbegegnungen mit Kollegen beherrschen die Abendnachrichten, erheben die Amtsinhaber über die Niederungen der Innenpolitik und machen sie als oberste Repräsentanten der Nation sichtbar. Auch die Europapolitik zogen Deutschlands Kanzler immer stärker an sich – auf Kosten der Außenminister, die, um ein Schröder-Wort aufzugreifen, mehr und mehr zu Kellnern wurden. Der Koch und 16 Jahre die Köchin saßen im Kanzleramt.

Doch beim Einlösen seiner Zeitenwende-Versprechen ist Scholz Getriebener und nicht Treiber. Ob er entscheidungsschwach ist oder bis zur Lethargie besonnen, ob er der SPD mit ihrer langen Russlandverklärung nicht zu viel Wandel zumuten oder sich bei der Ukrainehilfe hinter den Partnern verstecken will, bleibt unklar. Der Kanzler erklärt nicht gern, seine rhetorischen Mittel sind beschränkt, auf Journalistenfragen reagiert er halsstarrig, manchmal genervt. Im Ausland gilt er ohnehin als Bremser. Der britische Publizist Timothy Garton Ash popularisierte das pseudoenglische Gerundium „scholzling“ für die zaudernde Ukrainepolitik des Kanzlers. Die



Definition lieferte er gleich mit: „Gute Absichten nur zu kommunizieren, um alle vorstellbaren Gründe zu nutzen/ zu finden/ zu erfinden, um diese Absichten zu verzögern und/ oder zu verhindern, dass ihnen Taten folgen.“

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht verschlimmerte mit ihrer Pannenergrie das Kanzlervakuum in der Sicherheitspolitik. Anstatt das Kommunikationsloch zu füllen und die Bundeswehr auf Vordermann zu bringen, war sie während ihrer zwölfmonatigen Amtszeit primär mit Selbstverteidigung beschäftigt. Vom 100-Milliarden-Euro-Paket zur Ausrüstung der Truppe floss bis zu ihrem Rücktritt kein Cent. Bei der FDP rächte sich, dass sie bei den Koalitionsverhandlungen 2021 Kabinettsposten mit internationalem Gewicht ausschlug. Damit fiel sie auf Regierungsebene außenpolitisch kaum auf. Meist muss die resolute Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann die Positionen der Liberalen in einer One-Woman-Show erläutern.

Angesichts solch schwacher Konkurrenz schnappten sich die Grünen die Führung bei der Zeitenwende. Was ihnen dabei zupasskam: Da sie seit 2005 nicht mitregierten, war ihnen die missratene Ostpolitik von allen Parteien am wenigsten anzulasten. In den langen Oppositionsjahren bauten die Grünen zwar wieder an ihren Luftschlössern. Aber sie rissen sie sofort ein, als die Macht rief – wie schon 1998 bei ihrem ersten Regierungseintritt. Damals führte Außenminister Joschka Fischer die Partei direkt in den Kosovokrieg und somit in den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr überhaupt. Das bezahlte er auf einem Sonderparteitag mit einem lädierten Trommelfell, als ihm ein Pazifist einen Farbbeutel an den Kopf schleuderte. Die Partei unterwarf sich allerdings Fischers Kurs.

2022 waren die Grünen ebenfalls erst wenige Wochen an der Regierung, als sie die Realität der internationalen Politik einholte. Erneut vollzogen sie einen abrupten Kurswechsel. Gerade noch friedensbewegt und weltentrückt, mutierten sie innerhalb kürzester Zeit

zu flammenden Unterstützern der Ukraine. Ihr Europaausschuss-Chef Anton Hofreiter parlierte auf einmal so kundig über Panzer und Artillerie, als habe er sich sein Leben lang mit nichts anderem beschäftigt. Und Außenministerin Baerbock stieg in den ersten 13 Monaten der Ampel zu deren prominentester internationaler Stimme auf.

Dabei schien sie persönlich zu angeschlagen, als dass man ihr diese herausragende Rolle zugetraut hätte. Als Frontrunnerin ums Kanzleramt in den Wahlkampf 2021 gestartet, stand sie am Ende recht zerzaust da. Mit 14,8 Prozent bei den Bundestagswahlen im September waren die Grünen meilenweit entfernt von jenen 28 Prozent, die ihnen Umfragen im April verhießen. Baerbock trug maßgebliche Schuld am Einbruch. Ein geschönter Lebenslauf, ein sich beim geistigen Eigentum anderer bedienendes Buch über ihre politische Weltsicht und zu spät deklarierte Nebeneinkünfte hatten sie und mit ihr die Partei in der Wählergunst abstürzen lassen. Die mächtigsten Ministerien für die Reformagenda der Koalition, also Finanzen sowie Wirtschaft und Klimaschutz, gingen an FDP-Chef Christian Lindner und Baerbocks parteiinternen Gegenspieler Robert Habeck. Der gerupften Kanzlerkandidatin blieb als Trostpflaster nur das Auswärtige Amt.

Im Januar soll der Bundeskanzler gegen „diese Bellizisten“ in der eigenen Koalition gewettert haben

Dort legte sie freilich los, als habe sie nie einen anderen Job angestrebt. In den ersten fünf Amtstagen absolvierte Baerbock sechs Auslandsreisen, 61 im ersten Jahr (Scholz nur 50) mit, nebenbei bemerkt, einem CO₂-Ausstoß von 5000 Tonnen. Ihre energiegeladenen Auftritte überschatteten den meist faden Kanzler. Die Außenministerin hält nichts vom leisetreterischen Stil, wie ihn ihre Vorgänger pflegten. Vor seiner Reise nach China im November 2022 forderte sie Scholz auf, seinen Kurs gegenüber Peking wegen der dortigen Menschenrechtsverletzungen zu korrigieren. Und als der die Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns Cosco am Hamburger Hafen gegen den Widerstand mehrerer Minister im Kabinett durchdrückte, distanzierte sich Baerbock in einer Protokollnotiz davon. *Der Spiegel* betitelte ein Porträt von ihr am ersten Jahrestag der Amtsübernahme zu treffend mit „Die Undiplomatin“.

Moralische Eindeutigkeit, Emotion und Empathie mit den Opfern ziehen sich durch Reden und Interviews der Außenministerin. Damit imponiert sie ihrem US-Amtskollegen Antony Blinken, in dessen Heimat idealistische Rhetorik zum Arsenal eines Politikers zählt. Baerbock traut sich sogar, dem bösartigen russischen Langzeit-Außenminister und Putin-Sprachrohr Sergei Lawrow öffentlich die Leviten zu lesen. Ihr Amtsvorgänger Steinmeier hatte ihm nach der Krimannexion noch vertraut an den Arm gefasst. Bei ihrer Reise ins Reich der Mitte im April sorgte sie in einem öffentlichen Schlagabtausch mit ihrem chinesischen Pendant dafür, dass dieser mit seinen Verdrehungen der Wahrheit nicht das letzte Wort behielt.

Dem Kanzler geht das alles zu weit. Im Januar soll er gegen „diese Bellizisten“ in der eigenen Koalition gewettert und von „Kriegsbegeisterten“ gesprochen haben, ohne Namen zu nennen. Aber er konnte nur Strack-Zimmermann, Hofreiter und Baerbock meinen, die ihn mit der Forderung nach Kampfpanzer-Lieferungen an die Ukraine unter Druck setzten. Selten in der bundesrepublikanischen Geschichte waren sich ein Kanzler und eine Außenministerin wesensfremder.



Hier der spröde 64-Jährige, der sich vor harten Fragen der Osteuropaexpertin Sabine Adler drückt, eine weiche Interviewerin wie Linda Zervakis bevorzugt und abends am liebsten mit einem guten Buch zu Hause sitzt. Dort die moralisierende 42-Jährige, die gern und viel Klar-text spricht und keine Bühne scheut. Gemeinsame Auftritte gibt es deshalb kaum, beide wirken mehr wie Rivalen als wie Regierungspartner.

Öffentlichkeit und Medien hingegen goutieren Baerbocks Stil. Ein Jahr nach ihrem Amtsantritt war die einst nach unten durchgereichte Kanzlerkandidatin laut Politbarometer Deutschlands beliebteste Politikerin. Das Magazin *Politik & Kommunikation* und die private

In ihrem moralischen Eifer greift Außenministerin Baerbock ab und an verbal daneben

Quadrige Hochschule zeichneten sie als „Politikerin des Jahres“ aus. Richtig angekommen im Herz der Nation war Baerbock, als ihr der Aachener Karnevalsverein im Februar 2023 den „Orden wider den tierischen Ernst“ verlieh.

Allerdings schlägt ihr der Hass der Kremlpropagandisten entgegen. Im Internet nennt sie das linke *Overton Magazin* „die personifizierte Peinlichkeit“ und „dumm und ungebildet“, der *Anti-Spiegel*, ein aus Sankt Petersburg operierender prorussischer Blog, erregt sich wegen „Baerbocks Flegeleien“ gegenüber Lawrow. AfD und Linke attackierten die Außenministerin im September 2022 im Chor für ihren Halbsatz bei einer auf Englisch geführten Diskussion, sie werde die Ukraine so lange wie nötig unterstützen, „egal was meine deutschen Wähler denken“. Was die Links- und Rechtspopulisten als Missachtung des Wählerwillens skandalisierten, werten andere als Führungsstärke. Adenauer zog die Wiederbewaffnung, Kohl die Nachrüstung durch, ohne auf Umfragen oder Mehrheiten zu schielen. Wenn Tausende auf der Wagenknecht-Schwarzer-Demo vor dem Brandenburger Tor Anfang März „Baerbock weg! Baerbock weg!“ skandieren, muss die Außenministerin etwas richtig gemacht haben.

In ihrem moralischen Eifer greift Baerbock indes ab und an verbal daneben. Mal sagt sie in Butscha, wo die Russen Zivilisten massakriert hatten, „diese Opfer könnten wir sein“ – obwohl den Deutschen dank der Nato kein russischer Überfall droht. Mal spricht sie davon, man kämpfe einen Krieg gegen Russland, was völkerrechtlich falsch ist. Mal fordert sie Putin zu einer „360-Grad-Wende“ auf, womit er danach wieder genau da wäre, wo er schon ist. Solche Schnitzer können passieren, wenn man spontan und in einer Fremdsprache antwortet. Und es sind Petitesse im Vergleich zu den Fehleinschätzungen ihrer Vorgänger Steinmeier, der ein Nato-Manöver nach Moskaus Krimannexion als „Säbelrasseln“ und „Kriegsgeheul“ des Westens schmähte, oder Gabriel, der 2018 noch „mehr Investitionen“ in Russland forderte.



Mit Baerbock an der Spitze scheint den Grünen zu gelingen, woran Union und SPD in den vergangenen 20 Jahren scheiterten: der Bundesrepublik eine einigermaßen konsistente außenpolitische Strategie zu verpassen, die Idealismus und Realismus vermählt. Früher und entschiedener als die anderen Parteien prangerten Grüne (und FDP) Menschenrechtsverstöße in Russland und China an. Eine Moralisierung der Außenpolitik ist für Baerbock unverzichtbar, will sie die Basis für ihren Ukrainekurs bei der Stange halten. Schon Fischer hatte 1999 die Gesinnungs-Bazooka herausgeholt und skeptischen Delegierten „nie wieder Auschwitz“ zugerufen, um sie für den Kosovokrieg zu gewinnen.

Das gilt auch für die Leitlinien einer feministischen Außenpolitik, die Baerbock im März vorstellte. Nüchtern betrachtet, war die Sache den Hype nicht wert, der sie begleitete: weder die Heilerwartungen, die Koalitionsvertrag und Grüne zuvor zu wecken versuchten, noch die Panik, die manche Konservativen befällt, wenn sie Begriffe wie Feminismus, Gender-Mainstreaming oder Diversität vernehmen. Viele Punkte des 80-seitigen Dokuments „Feministische Außenpolitik gestalten“ sind über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg unstrittig. Etwa die Sensibilisierung für Verbrechen wie die weibliche Genitalverstümmelung oder Vergewaltigungen, wie sie Soldaten Myanmars und Russlands als Kriegswaffe einsetzen. Oder die Solidaritätsbekundung mit den Frauen in den islamistischen Gottesstaaten Iran und Afghanistan, wo männliche Herrschaft mit brutaler Unterdrückung einhergeht.

Zugleich trieft das Dokument vor denglischen Wortverirrungen wie „Genderresponsive Energie- und Klimapolitik“, „antifeministischer Push-back“, „Best Feminist Practice-Preis“ und „gender-targeted“ Hilfe. Nicht im Wokeness-Vokabular geschulten Lesern dreht sich bald der Kopf. Dass die feministische Außenpolitik mit solchem verbalen Gedöns verkauft wird, hat politische Gründe. Prominent platzierte Genderthemen können als Balsam für die wunden Seelen jener dienen, denen der realpolitische Wandel der Partei zu weit geht.

Die Grünen drohen sich in den Widersprüchen von Idealismus und Realpolitik zu verheddern

Denn wie im Zeitraffer sind die Grünen „männlicher“ geworden – zumindest wenn man Ann Tickner folgt, Professorin für Internationale Beziehungen und führende Feminismus-Theoretikerin. Tickner kritisiert, dass ihr Fach Konkurrenz, Konflikt, Streit und Ehre in den Mittelpunkt stellt und damit ein maskulines Verständnis von Außenpolitik transportiert. Einige Kolleginnen folgerten daraus, Antimilitarismus, Kampf gegen Nuklearwaffen und Pazifismus repräsentierten eine typisch weibliche Ethik. Doch für Baerbock, Habeck & Co. sind Rüstungslieferungen und Nato-Erweiterung nicht länger tabu, einen Aggressor muss man, so ihre Logik, notfalls mit Gewalt zum Einlenken zwingen.

Die Grünen versuchen heute, Moral und Macht zu kombinieren. Sie stehen damit dem Ansatz von US-Präsident Biden nahe, der den Zusammenhalt der Demokratien gegen die Autokratien erhoben hat. Beide verstehen, dass dieser Konflikt ideologisch und politisch, aber ebenso ökonomisch und, wie der Krieg in der Ukraine zeigt, militärisch ausgefochten wird. Der Westen hat dann Chancen, ihn zu gewinnen, wenn er Russland und China in allen Bereichen etwas entgegensetzen kann. Im Kalten Krieg siegte er, weil er nicht nur bei der Hardware, Waffen und Wirtschaft, sondern auch bei der Software, Regierungssystem und Werte, der Sowjetunion überlegen war.

Die starke Rolle Baerbocks und der Grünen in der deutschen Außenpolitik dürfte ihren Zenit aber überschritten haben. Mit Boris Pistorius übernahm im Januar ein Verteidigungsminister, der wie geschaffen ist für das Amt: ein Mann klarer Worte, ein Anpacker, beliebt bei der Truppe. Sofort schoss er im Beliebtheitsranking der Deutschen auf Platz eins. Wie die Außenministerin will er Kiew bis zum Sieg gegen Russland unterstützen. Sogar die SPD-Parteichefs Lars Klingbeil und Saskia Esken bekennen sich mittlerweile zu diesem Ziel. Die Partei wird also „grüner“ in ihrer Ukrainepolitik, selbst China sehen dort viele inzwischen kritisch. So verlieren Baerbock und ihre Partei ihr Alleinstellungsmerkmal in der Regierung.

Die Grünen drohen sich zudem in den Widersprüchen von Idealismus und Realpolitik zu verheddern und unerfüllbare Erwartungen zu wecken. Vor der UN-Generalversammlung trat Baerbock etwa gleichzeitig für nukleare Abschreckung und nukleare Abrüstung ein. Das Herumeiern bei der Zusage an die Nato, den Verteidigungsetat auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, weckt Zweifel, ob sie der sicherheitspolitische Mut nicht schon wieder verlässt. Und in der Energiepolitik siegt bei den Grünen Anti-Atom-Ideologie über Versorgungssicherheit.

Schließlich legt sich die Außenministerin mit zu vielen Gegnern auf einmal an: mit Putin und Xi, mit Erdogan und Khamenei, mit Klimasündern und Frauenfeinden. Fokus und Einsicht in die eigenen Möglichkeiten wären hier gefragt. Berlin ist nicht stark genug, um die Welt im Alleingang zu einer besseren zu machen. Ohne das aggressive Russland gibt es keine Lösung des Ukrainekriegs. Ohne das totalitäre China scheitert jeder Kampf gegen die Erderwärmung. Taktische Zugeständnisse und moralische Kompromisse werden künftig unvermeidbar sein in der deutschen Außenpolitik.



STEPHAN BIERLING
lehrt Internationale
Politik an der
Universität Regensburg.